

Anzeiger für das Havelland.

Spandauer Anzeiger.

Erscheint jeden Abend 4 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2 M., durch die Post 2,25 M.

Inserate die Zeile 20 Pf. für Spandauer Inserenten 15 Pf. Resten pro Zeile 40 Pf. Beilagen 30 Pf.

Redaktion und Expedition: Volksamer Str. 42. Fernsprecher: Spandau Nr. 52, Hopf.

Verantwortlicher Redakteur: Th. Gütlich in Spandau.

Verlag und Druck der Hopf'schen Verlagsbuchdruckerei in Spandau.

Nr. 39.

Spandau, Sonnabend, den 15. Februar 1908.

50. Jahrgang.

Aus dem Havellande.

Spandau, den 14. Februar 1908.

Stadterordneten-Versammlung. Eine bemerkenswerte Sitzung, bemerkenswert vor allem durch das, was nicht in ihr verhandelt wurde. Man wird sehr weit zurückdenken müssen und vielleicht gar kein Gegenstück dazu finden, das von einer nicht einmal umfangreichen Tagesordnung sage und schreibe drei Punkte erledigt und der ganze, sehr stattliche Rest bis zum nächstenmal zurückgestellt worden ist. Mit den beiden dringenden Vorlagen sind es allerdings fünf, von denen die erste, die Wahl eines Stadtbaurats, das von allen vorher genannte Ergebnis hatte, das Herr Stadtbaurat Paul wieder gewählt wurde. Von 45 abgegebenen Stimmzetteln lauteten 40 auf seinen Namen, nur 5 waren unbeschrieben.

Die dringenden Vorlagen betrafen die Niederlegung der Anhangsmälle und die Erweiterung der Verwaltungsräume für die Gasanstalt. Hierzu wäre höchstens zu bemerken, was vom Stadtbaurat aus gestreift, sonst überhaupt nicht erwähnt wurde, nämlich die Heizung der Räume durch Gasöfen. Man sollte meinen, das müßte bei einem Gaswerk am nächsten liegen, und andre Werke haben diese Heizung auch eingeführt, schon um den Kunden zu zeigen, wie nett sich das Gas auch zum Heizen benutzen läßt. Hier und da, so in Wargburg, Leipzig und andern Orten, verbindet man damit eine kleine Ausstellung von Gasöfen, Gaslochern usw. und führt damit den Abnehmern die Verwendung des Gases in allen Formen vor; vielleicht denkt man bei der Erweiterung der hiesigen Verwaltungsräume auch daran einmal.

Die Entfestigung wird sich noch als eine recht teure Sache erweisen, jedenfalls steht schon jetzt fest, daß die Niederlegung der Wälle als Notstandsarbeit nicht mehr in Betracht kommt, weil man nicht Gefahr laufen darf, daß die Arbeit planlos, d. h. sehr teuer ausgeführt wird. Ueber Notstandsarbeiten wurde gestern noch ein langes und breites Gerede, neu war daraus eigentlich nur der andrerwärts vielfach vermittelte Gedanke, daß die Stadt bei der Vergebung von Arbeiten den Unternehmern die Zahlung gewisser Mindestlöhne zur Pflicht machen soll. Darüber läßt sich reden, indes ist es doch eine zu schwer wiegende Sache, als daß man sie so nebenher lösen könnte. Eine gute Unterlage für die Verhandlungen darüber wird noch immer das Werk von D. v. Friedemann-Silberstein, Sozialpolitik und Sozialisierung mit besonderer Berücksichtigung des Minimallohns, Leipzig 1900, bilden. Dort sind namentlich die ausgedehnten Erfahrungen, die man in England und Holland in dieser Frage gemacht hat, von einem gründlichen Kenner dargestellt.

Wenn eine Stadt so wächst, wie Spandau, und zumal in einer Zeit wie der anstehenden, wo alle Verhältnisse fast einaufeinander umwälzend verändert werden, geht es bei vielen Fragen nicht mehr mit der einfachen Beratung im Schoße der städtischen Körperschaften ab. Der Magistrat hat ja selbst schon wiederholt den Weg der Umfrage bei andern Gemeinden beschritten, aber man wird wohl in absehbarer Zeit noch darüber hinausgehen müssen. In einer langen, sehr langen Rede, die nach berühmtem, schon von den alten Römern gekanntem Muster sich über alles mögliche und noch einiges andre" verbreitete, erwähnte der Sprecher der Sozialdemokraten die von uns schon mehrfach betonte Notwendigkeit einer statistischen Stelle, die ja nicht gleich ein großes, kostspieliges Amt zu werden braucht. Freilich wird es ohne die Mitarbeit einer statistisch geschulten Kraft nicht abgehen, aber warum sollte diese nicht auch im Nebenamt tätig sein können, so gut wie die unbesoldeten Mitglieder des Magistrats auch ständig, ohne die Eigenschaft des angestellten Beamten, an der eigentlichen Verwaltung der Stadt mitarbeiten. Es bedürfte dann nur der von diesem im Nebenamt tätigen Herrn zu leistenden Kräfte für die Beschaffung und Aufarbeitung des Materials. Selbstverständlich müßte er von der Stadt so weit legitimiert werden, daß er unmittelbar in ständiger Berührung mit den statistischen Beamten anderer Städte treten könnte.

Die wichtigste Aufgabe der gestrigen Sitzung sollte die Beratung des Hauptetat sein. Daß sie nicht zustande kam, obwohl man über drei Stunden in öffentlicher und geheimer Sitzung verhandelte, daß von der ganzen Staatsberatung nur die übliche Einleitung, der Verwaltungsbericht des Oberbürgermeisters, zur Sprache kam, das ist ein Ergebnis, aber kein schönes. Die Sozialdemokraten werden sich zweifellos damit brüsten, daß sie durch ihre zum Fenster hinausgeschalteten Dauertreden dieses Ergebnis erzielt haben; daß man sie damit ernst nimmt, werden sie wohl kaum erwarten. Die Obstruktion gehört zu den gefährlichsten Mitteln, die man nur im allerwichtigsten Falle, wenn Großes auf dem Spiele steht, anwenden soll. Aber selbst die längste der gestern gehaltenen Reden hat keinen der Hörer davon überzeugen können, daß hier ein großes Ziel zu verfolgen sei. Stillstand in der Sozialpolitik ist so wenig wie Stillstand auf irgend einem andern Gebiete ratsam, ist geradezu unzulässig. Aber wenn ein Redner gestern behauptete, die Stadt Spandau hätte in ihrer ganzen Geschichte

nicht so viel erreicht wie eine einzelne Gewerkschaft, so gehört das zu den ungeheuerlichen Uebertreibungen der Sozialdemokratie, deren sie sich überall bedient. Daß diese so leicht von der Menge geglaubt werden, verrät einen bedenklichen Mangel an eigenem Denken. Professor Sohn in Leipzig, der bekannte Mitarbeiter bei der Schöpfung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, hat einmal ein schönes Wort über die sozialen Pflichten des Gebildeten gesprochen. Wir haben das Vertrauen zur Verwaltung unserer Stadt, daß sie sich dieser Pflichten bewußt ist und daß sie sie erfüllen wird, auch ohne die großen, in unserer Klagenheit gehaltenen Reden. Man wird in der nächsten Sitzung ruhig zur sachlichen Beratung übergehen können, ohne die genannten Pflichten damit zu verletzen.

Die Neubesezung der Stelle des Polizei-Inspektors. Die jetzt schon mehrmals auf der Tagesordnung der Magistrats-Sitzungen gestandene, hat, ist auch heute noch nicht zur Entscheidung gekommen. Der Magistrat ist sich jetzt darüber schlüssig geworden, welche Bewerber zur engern Wahl kommen sollen.

Ueber das Verfahren bei den bevorstehenden Entfestigungsarbeiten ist jüngst in der zuständigen Kommission verhandelt worden; aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde der Vorschlag angenommen, daß der bei Abtragung der Wälle genommene Boden nicht überall in die Festungsgräben gefahrt, sondern zur Aufhebung von Straßen verwendet werden soll. Solche Füllerde steht hier und auch in der nähen Umgebung sonst nicht zur Verfügung, und wenn man sie draus, so muß sie mit erheblichen Kosten aufwand von außerhalb herangeschafft werden, wie es jetzt beispielsweise bei den Anschlägen am Hofengelände geschieht; auch die Herstellung der Straße 19, welche das Hafenanlagegebiet zwischen Umschlagenhafen und Leichter Eisenbahn ausnehmen soll, verursachte des starken Bedarfs an Boden erhebliche Kosten. Soweit die Gräben zwecks Durchsührung von Straßen nicht sofort zugeschüttet werden müssen, soll dies allmählich durch Anfuhr von Bauschutt usw. bewerkstelligt werden.

Seitens der Stadt Bloqu ist ein Gasreinigungsgesamtes zum Verkauf gestellt, der bei seiner Neubesezung 50 000 M. gekostet hat. Er ist einige Zeit im Gebrauch gewesen und soll jetzt 12 000 M. kosten. Die hiesige Gasverwaltung war geneigt, ihn für die hiesige Gasanstalt zu erwerben; er sollte allerdings vorher erst an Ort und Stelle in Augenschein genommen werden. Der Magistrat ist jedoch dem beschließenden Beschlusse der Deputation nicht beigetreten, sondern hat sich gegen den Ankauf des alten Gasreinigungsgesamtes ausgesprochen.

Die Servisgelder für die hier bei den Fabriken kommandierten Unteroffiziere und Mannschaften für den Monat Januar sind am 18. und 19. d. Mts. von 8 bis 12 Uhr bei der Stadthauptkasse in Empfang zu nehmen.

Wegen Aufnahme eines Verzeichnisses ersucht die Polizeiverwaltung die Polizeibehörden mit ihren Quittungsblättern in der Polizeiwache, am Markt, am 15. und 17. Februar während der Dienststunden vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr zu melden.

In den wissenschaftlichen Vorlesungen der Spandauer Lehrerschaft sprach Herr Professor Schmitt am gestrigen Abend zuerst über die Berliner Nationalversammlung. Der bereits einmal zusammengetretene Vereinigte Landtag wurde vom König Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1848 nochmals einberufen, um über die Einberufung eines Landtags zu beraten. Alle Vertreter sprachen ihre Anerkennung und Dankbarkeit darüber aus; nur zwei Männer erklärten sich dagegen. Einer von ihnen war Otto v. Bismarck. Auf Beschluß des Vereinigten Landtags wurden nun die Wahlen aufgeschrieben. Durch sie kam neben vielen unbedeutenden Männern eine Anzahl tüchtiger Vertreter in den Landtag. Bei den Wählerversammlungen bestanden es alle Kandidaten, sich als Proletarierfreunde hinzustellen, und alle Bezeichnungen von Personen, die eine andre Meinung hätten hervorbringen können, wurden vermieden. So ließ sich der schließliche Großgrundbesitzer v. Kalkreuth nicht als solcher bezeichnen, sondern nannte sich bei Gelegenheit der Wahl Holz- und Viehhändler Kalkreuth. In ihrer Tätigkeit war die Berliner Nationalversammlung unsuchtbar, wobei der König recht ungefallen war und die Revolution und ihre Folgen als Teufelswerk bezeichnete. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung gründete man überall Bürgerwehren. Neue Unruhen entstanden in Berlin, als in der Nationalversammlung von einem Abgeordneten der als ein Schlag gegen den König zu bezeichnende Antrag eingebracht wurde, die Wählerkämpfer aus dem Volke zu weihen. Da der König nicht ganz auf dieses Vorschlag einging, entstand ein Aufruhr, der aber von der Bürgerwehr niedergeworfen wurde. Hört wurde das Zeughaus hierbei gestürmt; aber bald war wieder stiller Ruhe. Die Gründung einer Polizeigewalt war dringend nötig; unter dieser Bezeichnung wäre sie aber nicht angenommen, und daher wählte man den Namen Schutzmann. Mit der Nationalversammlung zusammenarbeiteten, brachte kein Ministerium fertig, und darum folgte ein solches andre. Nachdem Redner dann kurz die Lage in Oesterreich während dieser Zeit geschildert hatte, besprach er den Aufruhr in Wien, der schließlich durch General v. Bismarck unterdrückt wurde. In der Berliner Nationalversammlung wurde infolge eines Zwistes zwischen dem Kommandanten von Schwedenitz und der dortigen Bürgerwehr ein Nemebesehl beantragt, in dem den Offizieren ein höfliches Benehmen gegenüber der Bürgerwehr anbefohlen werden sollte. Der König gab nicht nach und befahl zur Schlichtung der Sache General v. Bismarck als Kriegsminister. Bismarck, in seinen Anschauungen gemäßigter liberal, war der Meinung, durch eine Verfügung zum Ziele zu kommen, in der die Vermeidung von Konflikten angedeutet wurde. Zunächst war die Aufarbeitung der Verfassung beendigt. Ueber die Beibehaltung der Worte: „König von Gottes Gnaden“ kam es zu heftigen Szenen in der Nationalversammlung. Straßenaufstände, die man „Schwammprinz“ zu nennen pflegte, kamen fortwährend vor, und die Bürgerwehr hatte einen schweren Stand. Der Buchhändler

Baßermann schilderte in einem nach Frankfurt gefandten Briefe das Aussehen und Treiben dieser Revolutionäre. Seitdem besteht für Personen fraglichen Aussehens die Bezeichnung „Baßermannische Gestalten“. In Wien war es zu einer neuen Revolution gekommen und ein Teil des Militärs auf die Seite der Bürger getreten. In Berlin wollte man der Wiener Bürgerwehr helfen. Der König war entschlossen, an die Stelle v. Bismarck einen Mann der rechten zu setzen. Man dachte schon an Bismarck, der aber vom König nicht berufen wurde, weil er ein „roter Reaktionsär“ sei. Bismarck war bereit, das Ministerium zu unterstützen, und in Verbindung mit seinem Freunde v. Meißner-Regow geeignete Männer für das Ministerium suchen zu helfen. Graf Brandenburg, der sich zuerst gegen die Berufung sträubte, wurde Minister des Innern, v. Manteuffel Minister des Innern. Mitglieder des Ministeriums wurden nur Männer von ausgesprochen konservativer Gesinnung. Das Volk und seine Vertreter waren Gegner dieses Ministeriums und verlangten vom König dessen Ablegung. Der König empfing die Deputation der Nationalversammlung sehr ungnädig, beschloß die Vertagung der Nationalversammlung und ließ General Wrangel mit den Truppen in Berlin einrücken. Der König bestimmte, daß die vertagte Nationalversammlung später in Brandenburg a. H. wieder zusammentreten sollte. Die Abgeordneten verjagten die Auflösung zu verhindern und begannen ihre nächste Sitzung schon früh um 5 Uhr. Die Bürgerwehr schloß die Abgeordneten. Die Truppen Wrangels marschierten gegenüber dem Abgeordnetenhaus auf. Nach und nach wurden die Abgeordneten milde und verließen die Nationalversammlung; auch die Bürgerwehr zog sich zurück. Obgleich das Tages der Nationalversammlung verboten war, kamen die Abgeordneten in einem Hotel heimlich zusammen. In einer Nacht, die man die Majorsnacht nannte, traten die Majore der Bürgerwehr und Vertreter der Bürgerwehr, unter ihnen Waldeck, zusammen; man beschloß, sich ruhig zu verhalten. Durch General Herwarth v. Bittenfeld wurde die Nationalversammlung endgültig aufgelöst; der Präsident schloß die Sitzung mit der Aufforderung, die Steuern zu verweigern. Zur Tagung der Nationalversammlung in Brandenburg erschienen nur wenige. Der König sprach die Auflösung aus und erließ am 5. Dezember 1848 eine neue Verfassung, die eine teilweise Umwälzung der Verhältnisse herbeiführte. Daß es zu keinen Aufständen kam, ist das Verdienst der Führer der Bürgerwehr, die zur Ruhe ermahnten. In Wien wurde schließlich der Aufruhr niedergeschlagen, und die Führer, zu denen auch Robert Blum gerechnet wurde, erschossen. Kaiser Franz Ferdinand legte die Krone nieder, und der Sohn seines Bruders Franz Karl, der 18jährige Franz Josef, wurde österreichischer Kaiser. Sein erster Minister wurde Felix Schwarzenberg, ein Mann, der infolge seines früheren ausschweifenden Lebenswandels die Strapazen des Amtes nicht lange aushielt, aber trotz der kurzen Zeit seines Wirkens genug Schaden anrichtete. Am nächsten Donnerstag sprach der Vortragende über die Kaiserwahl in Frankfurt, die Ablehnung Friedrich Wilhelms IV., die Auflösung in Sachsen und Baden 1849, das Ende des Frankfurter Parlaments, das Erfurter Parlament, die neupreußische Verfassung, die schleswig-holsteinische und die kurhessische Frage, Warschau und Bromzell.

Neues Stadttheater. Mit Replers romantischer Oper „Der Trompeter von Säckingen“ wurden gestern Abend die Opernaufführungen wieder aufgenommen. Die Vorstellung verdiente, abgesehen von einigen Unstimmigkeiten, und den nicht immer recht glücklichen Streichungen, besonders am Schluß, die beifällige Aufnahme, die ihr seitens des vollbesetzten Hauses zuteil wurde, voll und ganz. In der Titelrolle spielte Kurt Grebin seinen prächtigen Bariton vorzüglich zur Geltung zu bringen; auch in schauspielerischer Beziehung blieb er seiner Aufgabe nichts schuldig. Die Marie v. Schönau sang an Stelle von Gertraud Meyersbach, die durch anderweitige Verpflichtung verhindert war, eine den Spandauer Opernbesuchern von früheren Jahren her noch wohl bekannte und stets gern gehörte Künstlerin, Lotte Gieseler. Sie bot in Spiel und Gesang ein liebliches, poetisch anmutendes Waidchenbild. Ihr langvoller einheimischer Sopran konnte sich besonders in der Arie: „Wie stolz und statlich geht er“ und in der Liebesszene im 2. Akt ausleben. Max Palm hatte als Freiherr v. Schönau reiche Gelegenheit, mit seinem kräftigen, klaren, klaren Bass zu glänzen. Der Graf v. Wildenstein und dessen geschiedene Gemahlin fanden in Franz Schu und Marietta Bernher angemessene Interpreten; den Landsknechtstrompeter und Werber Konradin brachte Franz Spada zu wohlgeklungener Darstellung. Auch die übrigen Rollen hatten eine angemessene Besetzung erfahren und trugen an ihrem Teil zum Gelingen bei. Die Orchestermusik wurde wiederum in gewohnter künstlerischer Vollendung von der gesamten Kapelle des Garde-Fußartillerie-Regiments unter Kapellmeister Jöges Leitung ausgeführt. Am Sonntag gelangt die Gesangsposse „Die schöne Ungarin“ zur Aufführung; am Donnerstag, den 20. Februar, wird wieder „Der Detektivkönig“ gegeben.

Die Untersuchung wegen der zahlreichen von Kindern verübten Diebstähle im Stadtteil Klosterfeld zieht weitere Kreise; es sind bis jetzt schon in ganzen elf schulpflichtige Knaben ermittelt worden, die an den häufig vorgekommenen Spiegelexperimenten von Kaufmannsgütern beteiligt waren. In vielen Fällen sind die Diebstähle von Knaben ausgeführt worden, welche den Knaben von außerhalb eingetragenen Fuhrwerke beim Abliefern der Waren an die Kundschaft Dienste geleistet haben. Einige Knaben sind besonders schwer belastet; sie gelten als die Anführer, denen die andern ohne Weigern Folge leisten mußten; verschiedene jüngere Knaben kommen aber nur als Mitläufer in Betracht; sie sind sich der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungen wohl kaum bewußt gewesen.

Am Sonntag, Nachmittag begibt sich die Schülereabteilung der Spandauer Turnerschaft nach Berlin, um einer Vorstellung im Circus Schumann beizuwohnen. Die Abfahrt erfolgt um 2 1/2 Uhr, die Teilnehmer versammeln sich um 1 1/2 Uhr im Vereinslokal, „Germania-Saal“, Streifenplatz 19. Bisher haben sich rund 60 Schüler zur Teilnahme gemeldet, auch die Beteiligung der Eltern der Schüler ist sehr erwünscht.

Diese Nummer ist 12 Seiten stark.